



HESSISCHER LANDTAG

11. 07. 2023

Plenum

Antrag

Fraktion der SPD,

Hessen 2030 – die Weichen jetzt aktiv für ein modernes und zukunftssicheres Land stellen

Seit nahezu zehn Jahren bilden die Fraktionen von CDU und Grünen im Hessischen Landtag eine Regierungskoalition. Das Bündnis wurde seinerzeit mit viel öffentlicher Aufmerksamkeit und beträchtlichen medialen Vorschusslorbeeren bedacht, weil sich hier zwei Parteien zur Zusammenarbeit entschieden hatten, zwischen denen zuvor unüberbrückbare politische Differenzen herrschten. Fast zehn Jahre später lässt sich bilanzieren, dass es den Koalitionspartnern zwar über einen verhältnismäßig langen Zeitraum gelungen ist, diese politischen Differenzen auszuhalten – aber nicht, sie auszuräumen. Vielmehr folgt die Regierungsarbeit von CDU und Grünen in Hessen seit nahezu einem Jahrzehnt dem Prinzip des Burgfriedens. Ein Teil der unausweichlichen politischen Entscheidungen im schwarz-grünen Regierungsbündnis wird nach dem Modell des kleinsten gemeinsamen Nenners getroffen, der im vorliegenden Fall häufig sehr klein ist. An anderer Stelle vermeidet es die noch bestehende Regierungskoalition, strittige Themen überhaupt anzugehen, sie auszudiskutieren und zu einem politischen Konsens zwischen den Koalitionsparteien zu führen. Stattdessen werden wesentliche Zukunftsfragen, über deren Lösung bei CDU und Grünen grundlegend unterschiedliche Vorstellungen herrschen, konsequent ausgeblendet, ignoriert und vertagt. Diese Politik des Burgfriedens hat dazu geführt, dass entscheidende politische Weichenstellungen für die Zukunft des Landes von der amtierenden Hessischen Landesregierung nicht vorgenommen wurden.

Besonders augenfällig ist dies im Bereich der Wirtschafts-, Industrie- und Arbeitsmarktpolitik, die in den vergangenen zehn Jahren in Hessen faktisch nicht mehr stattgefunden hat. Die Herausforderungen für den Wirtschafts- und Produktionsstandort Hessen bestimmen sich aktuell durch die drei großen „D“ – Digitalisierung, Dekarbonisierung und demografischer Wandel. In ihrem Zusammenspiel führen diese drei Faktoren zu grundlegenden Veränderungen im Wirtschaftsleben, auf dem Arbeitsmarkt und im Alltags jedes einzelnen Menschen, die allgemein mit dem Begriff der „Transformation“ beschrieben werden. Wesentliche wirtschaftliche, aber auch gesellschaftliche und soziale Veränderungen zu begleiten, zu lenken und zu steuern, ist die Definition und die Aufgabe von Politik. Eine Aufgabe, der sich die amtierende Hessische Landesregierung konsequent verweigert. Stattdessen demonstrieren CDU und Grüne ein weitgehendes Desinteresse an der Transformation, die längst begonnen und unser Land längst erreicht hat.

Der vorliegende Antrag zielt darauf ab, das Land Hessen auf eine aktive, gestaltende Politik in den wesentlichen Handlungsfeldern zu verpflichten, die nachstehend beschrieben werden. Denn die wirtschaftliche Stärke unseres Landes, der gesellschaftliche Zusammenhalt und die soziale Balance in Hessen lassen sich durch Wegschauen, Ignorieren und Schönreden nicht erhalten.

Der Landtag wolle beschließen :

I. Wirtschafts- und Arbeitswelt von morgen:

1. Der Hessische Landtag erkennt an, dass die kommenden zehn Jahre darüber entscheiden werden, ob die Transformation, also die Veränderung von Wirtschaft und Arbeit durch die Herausforderungen von Dekarbonisierung, Digitalisierung und demografischem Wandel, sozialverträglich und zum Nutzen aller gelingt oder ob die unabwiesbaren Veränderungen die Wertschöpfung, die Arbeitsplätze und damit auch den Wohlstand in Hessen in Gefahr bringen. Die Hessische Landesregierung und ihre regierungsstützenden Fraktionen haben

das Thema der Transformation in den letzten Jahren massiv verschlafen – es braucht jetzt eine beherzte und aktive Politik, um die Transformation der Wirtschaft im Sinne aller Beteiligten zukunftsfest zu machen.

2. Vor diesem Hintergrund bekennt sich der Hessische Landtag dazu, einen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Leitgedanken zu verankern, der eine starke Wirtschaft und gute Arbeit als zwei Seiten der gleichen Medaille versteht. Dieser Leitgedanke „Gute Arbeit“ soll durch die Landesregierung im Vorwort des Einzelplanes 07 als weiteres Oberziel (neben Ökonomie und Ökologie) festgeschrieben werden.
3. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, einen Transformationsfonds einzurichten, der zielgerichtet auf die Bedürfnisse der Wirtschafts- und Arbeitswelt in Hessen ausgerichtet ist und die strukturellen Unterschiede zwischen Stadt und Land berücksichtigt.
4. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, den Bündnisplan des „Neues Bündnis Fachkräftesicherung Hessen 2020-2024“ – gemeinsam mit den Bündnispartnern – zu einer ressortübergreifenden Gesamtstrategie Fach- und Arbeitskräftemangel weiterzuentwickeln. Hier ist dafür Sorge zu tragen, dass besonders auch Maßnahmen auf die jüngsten Herausforderungen des Fach- und Arbeitskräftemangels Berücksichtigung finden und eine umlagefinanzierten Ausbildungsgarantie insbesondere für junge Menschen unter 35 Jahren etabliert wird.
5. Der Hessische Landtag unterstreicht, dass die Fach- und Arbeitskräftegewinnung durch Zuwanderung unverzichtbar ist und unterstützt die Pläne der Bundesregierung für eine Reform des Einwanderungsrechts. Dafür ist es dringend geboten, dass das Land Hessen die Anerkennung ausländischer Abschlüsse vereinfacht und beschleunigt.
6. Der Landtag stellt fest, dass der Fachkräftemangel durch das Fehlen von bezahlbarem Wohnraum und steigenden Mieten (vor allem im Rhein-Main-Gebiet) noch weiter verstärkt wird. Die Wohnungsnot stellt eine große Gefahr für die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit des Landes dar. Wohnen und Arbeit müssen daher gemeinsam gedacht werden. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, die Förderprogramme des Landes Hessen um eine weitere Förderlinie zur Schaffung von Mitarbeiterwohnraum zu erweitern.
7. Der Hessische Landtag fordert ein durchsetzungsstarkes Tariftreue- und Vergabegesetz, um als Land seinen Beitrag für Ordnung auf dem Arbeitsmarkt und die Durchsetzung von guter Arbeit zu leisten. Weiteres Lohndumping bei der Vergabe öffentlicher Aufträge muss verhindert werden. Dafür braucht es Kontrollen und Sanktionsmöglichkeiten.
8. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, die duale Ausbildung zu stärken. Aus diesem Grund gilt es, den Meisterbrief im Handwerk und der Industrie kostenfrei zu machen und die Investitionen in wohnort- und arbeitsplatznahe berufliche Bildung zu stärken.
9. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für eine frühere Berufsorientierung in allen Schulen und Schulformen sowie mehr Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungsgängen einzusetzen.

II. Familienland Hessen:

1. Der Hessische Landtag betont, dass Familien im Zentrum unserer Gesellschaft stehen. Daher muss das Ziel lauten, gute Rahmenbedingungen für Familien in allen Lebenslagen und -abschnitten zu schaffen. Eine der dringlichsten Aufgaben moderner Familienpolitik besteht folglich darin, Familie und Beruf zu vereinbaren.
2. Der Hessische Landtag erkennt an, dass es die Regierungsfractionen der CDU und Grüne in den letzten 25 bzw. zehn Jahren versäumt haben, dem Fachkräftemangel im Kita-Bereich zu begegnen. Schon jetzt fehlen Erzieherinnen und Erzieher in großer Zahl, bis 2030 prognostiziert die Bertelsmann-Stiftung einen Bedarf von mindestens 25.000 zusätzlichen Erzieherinnen und Erziehern. Die Landesregierung wird aufgefordert, dass dem Thema die höchste Priorität eingeräumt wird und endlich langfristige Maßnahmen ergriffen werden. Hierzu zählen unter anderem der Ausbau der Kapazitäten an den Fachschulen und eine vollständige Schulgeldfreiheit.
3. Der Hessische Landtag fordert die Hessische Landesregierung auf, einen Plan vorzulegen, wie Bildung und Betreuung in Hessen schrittweise komplett gebührenfrei werden kann. Von klein auf bis zum Meister oder Master muss Bildung für alle kostenfrei zur Verfügung stehen. Das entlastet Familien und ist eine gute Investition in die Zukunft.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag die Zahlen der Bedarfserhebung der Schulträger vorzulegen und anhand dieser die Planungen des Landes zu erläutern. Der Landtag fordert zudem ein Sonder-Investitionsprogramm zur Unterstützung der Schulträger aufzulegen, um die räumlichen Voraussetzungen für die Umsetzung zu schaffen. Noch immer ist völlig ungewiss, ob Hessen in 2026 über ausreichend Plätze und Personal verfügt, um den Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung zu erfüllen.
5. Die Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den Verkehrsverbänden eine Mobilitätsgarantie für alle Hessinnen und Hessen zu erarbeiten und einzuführen, sodass innerhalb von 60 Minuten mit dem ÖPNV ein Angebot in das nächste Mittelzentrum, sowie die Mittelzentren untereinander im 30 Minuten-Takt, garantiert wird.
6. Der Landtag stellt fest, dass ohne öffentliche Fördermittel die Erstellung von bezahlbarem Wohnraum schwer erreichbar ist. Daher kommt einer passgenauen Anpassung der Förderprodukte der Länder eine überragende Bedeutung zu. Der Landtag stellt dazu fest, dass Hessen im Bundesländervergleich unter der Regierung von CDU und Grünen zurückfällt, von einer Trendwende kann mitnichten die Rede sein. Die Landesregierung wird vor diesem Hintergrund aufgefordert, mehr bezahlbaren Wohnraum durch die Ausweitung der öffentlichen Wohnraumförderung, Eindämmung von Immobilienspekulation und Förderung des nicht profitorientierten Wohnungsbaus zu schaffen. Ein Konzept dazu ist dem Hessischen Landtag zeitnah vorzulegen.

III. Staatliche Krisenbewältigung und Widerstandsfähigkeit verbessern:

1. Der Hessische Landtag bedauert, dass Hessen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien anderen Bundesländern hinterherhinkt. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ausreichend geeignete Flächen für Windenergieanlagen und Solarparks zur Verfügung zu stellen und die Genehmigungsverfahren zum Ausbau Erneuerbarer Energien zu entbürokratisieren und zu beschleunigen. Die Landesregierung wird weiter aufgefordert, den Landesentwicklungsplan dahingehend zu ändern, dass die Flächenziel-Vorgabe des Bundes von 2,2% der Landesfläche als Vorranggebiete für Windenergie mit sofortiger Wirkung für die hessischen „Teilregionalpläne Energie“ gilt und dass diese an allen bereits bestehenden Windenergieanlage-Standorten das sogenannte „Repowering“ ermöglicht wird. Ebenso gilt es, die Vergaberegeln für die Errichtung von Windenergieanlagen auf Flächen von HessenForst dahingehend zu ändern, dass kommunale und örtliche Betreiber tatsächlich Vorrang haben.
2. Der Hessische Landtag stellt fest, dass das von der Landesregierung verabschiedete „Hessische Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels“ nicht ausreichend ist, um die Folgen des Klimawandels zu verhindern. Der Hessische Landtag muss als Gesetzgeber bei Fragen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung zwingend beteiligt werden. Ebenso bekennt sich der Hessische Landtag klar zur Festlegung auf das 1,5 Grad-Ziel. Überdies hinaus muss Klimaschutz eine kommunale Pflichtaufgabe werden – der Hessische Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, die Kommunen finanziell dahingehend ausreichend auszustatten.
3. Der Hessische Landtag konstatiert, dass zu einer am Menschen und nicht an Profiten orientierte Gesundheitsversorgung Krankenhäuser in gemeinnütziger oder öffentlich-rechtlicher Trägerschaft gehören. Mit Gesundheit darf kein privatwirtschaftlicher Profit zu Lasten der Patientenversorgung und Beschäftigten gemacht werden. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung daher auf, für eine sozial gerechte und lokale Gesundheitsversorgung eine auskömmliche Finanzierung der Investitionskosten der Krankenhäuser sicherzustellen.

Begründung:

Die letzten Jahre waren von multiplen Krisen geprägt. Die Corona-Pandemie, die Klimakrise und die Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine haben das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung nachhaltig beeinflusst. In diesen herausfordernden Zeiten braucht es eine beherzte und aktive Politik, diesen Problemen mit klarem Kompass und einem guten Plan zu begegnen. Es geht darum, die notwendigen Weichenstellungen in Richtung einer erfolgreichen Zukunftssicherung für Hessen 2030 einzuleiten. Die Landesregierung hat es in den letzten Jahren und Jahrzehnten nicht vermocht, die überfälligen Schritte in Richtung der wirtschaftlichen Modernisierung und sozial-ökologischen Erneuerung unseres Landes einzuleiten. Dafür braucht es neue Ideen und eine klare politische Agenda.

Wiesbaden, 11. Juli 2023

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph